



Dringlichkeitsantrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Keine Schlechterstellung der schleswig-holsteinischen Kommunen bei Hartz IV

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in den Verhandlungen mit der Bundesregierung über die ab 2007 geltende Höhe der Bundesbeteiligung an den kommunalen Kosten der Unterkunft für SGB II – Leistungsberechtigte (KdU) für einen vollständigen Ausgleich der nachweislichen Aufwendungen der schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte einzusetzen. Darüber hinaus erwartet der Landtag, dass es bei der länderbezogenen Aufteilung der gesetzlich garantierten kommunalen Gesamtentlastung von jährlich 2,5 Mrd. Euro zu keinen Umschichtungen zu Lasten der schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte kommt.

Begründung:

Die am 13. September auf Ebene der zuständigen Bundesminister und der Ministerpräsidenten beginnenden Bund/Länder-Verhandlungen lassen befürchten, dass der Bund sich seiner Verpflichtung zur vollständigen Abdeckung der den kommunalen SGB II – Trägern entstehenden Unterkunftskosten entziehen möchte. Statt der nach der aktuellen Kommunaldatenerhebung zur Kostendeckung mindestens erforderlichen 3,2 Mrd. Euro sind derzeit im Entwurf des Bundeshaushalts 2007 lediglich 2,0 Mrd. Euro eingestellt. Dies würde für die schleswig-holsteinischen Kreise und kreisfreien Städte, die im laufenden Jahr KdU-Bundemittel in Höhe von mehr als 140 Mio. Euro erwarten können, massive Finanzprobleme aufwerfen.

Außerdem versucht eine Reihe prosperierender Bundesländer unter dem Deckmantel der vermeintlichen Verteilungsgerechtigkeit eine länderbezogene Neuverteilung der zusätzlich garantierten Kommunalentlastung von 2,5 Mrd. Euro zu Lasten von Bundesländern wie Schleswig-Holstein mit vergleichsweise hohen Sozialhilfelasten durchzusetzen. Zu diesem Zweck strebt eine knappe Ländermehrheit die Umstellung der bisherigen quotalen Verteilung auf ein für Schleswig-Holstein sehr nachteiliges Festbetragssystem mit Mehrbedarfsausgleich an. Dies kann von Schleswig-Holstein im Interesse seiner Kommunen nicht mitgetragen werden.

Monika Schwalm
und Fraktion

Holger Astrup
und Fraktion